

Entlastung und Wertschätzung für Ärzte und Pflegepersonal



ENTLASTUNG, WERTSCHÄTZUNG UND BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR ÄRZTE UND PFLEGEPERSONAL

Die Alternative für Deutschland steht für eine umfangreiche Entbürokratisierung. Ärzte und Pflegepersonal müssen entlastet werden und wieder mehr Zeit für ihre eigentlichen Kernaufgaben haben. Verwaltungsaufgaben wie Dokumentations- und Berichtspflichten nehmen Überhand. Insbesondere die Qualitätssicherung führt längst ein Eigenleben, ohne dass ernsthaft die Frage nach Aufwand und Nutzen gestellt wird. Wir vertrauen auf mehr Eigenverantwortung durch unsere gut ausgebildeten Fachkräfte. Ohne qualitative Abstriche zu machen, ist das Pflegepersonal nachhaltig aufzustocken. Schon im Hinblick auf den demografischen Wandel ist eine solche Maßnahme dringend notwendig. Durch unsere geplante Entbürokratisierung und die Aufstockung des Personals stellen wir sicher, dass künftig mehr Zeit für Pflegende vorhanden ist.

FINANZIERUNG VON KRANKENHÄUSERN

Krankenhäuser benötigen eine auskömmliche Finanzierung, um eine hervorragende medizinische und pflegerische Qualität anbieten zu können. Immer mehr Krankenhäusern drohen jedoch finanzielle Verluste oder Streichungen von Fachabteilungen, die lebensnotwendig für den Patienten sein können. Krankenhäuser sind jedoch keine Wirtschaftsunternehmen und müssen mit den Mitteln leben, die ihnen zur Verfügung gestellt werden. Wir werden daher, wie in den vergangenen Haushaltverhandlungen darauf bestehen, dass die Mittel für den Erhalt der Krankenhäuser bestehen bleiben oder noch weiter erhöht werden. Das Land und der Bund haben dafür zu sorgen, dass eine finanzielle Absicherung garantiert wird.

IHR ARBEITSKREIS FÜR SOZIALES UND INTEGRATION



DR. CHRISTINA BAUM MdL

Die Abgeordnete aus dem Wahlkreis Main-Tauber und selbstständige Zahnärztin setzt sich für den Erhalt einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg ein. Als sozialpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion kritisiert sie vor allem das fortschreitende Krankenhaussterben und die mangelnde Versorgung durch Haus- und Fachärzte. Die Gesundheit der Menschen darf nicht zur Ware verkommen.

christina.baum@afd.landtag-bw.de



CAROLA WOLLE MdL

Als Abgeordnete aus dem Wahlkreis Neckarsulm und Mutter eines erwachsenen Sohnes setze ich mich für den Erhalt der §§ 218 und 219 StGB ein. Das Selbstbestimmungsrecht der Frauen darf nicht gegen das Lebensrecht des ungeborenen Kindes ausgespielt werden. Werbung für Abtreibung ist grundsätzlich abzulehnen. Ich bin der Ansicht, dass der Unterschied zwischen Mann und Frau mit bloßem Auge zu erkennen ist. Daher lehne ich jegliche Form von Genderexperimenten ab!

carola.wolle@afd.landtag-bw.de



THOMAS AXEL PALKA MdL

Die Zukunft seiner Kinder und Enkel ist ihm wichtig! Darum engagiert sich Thomas Palka für Kreis und Land: Bei der Kommunalwahl 2014 kandidierte Thomas Palka erfolgreich für den Heilbronner Kreistag. 2016 wurde er mit 18,3% der Stimmen im Wahlkreis Eppingen für die AfD in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt. Die Menschen im Ländlichen Raum dürfen nicht weiter in Gesundheit, Pflege und Infrastruktur vernachlässigt werden. Dafür setzen wir uns ein!

thomasaxel.palka@afd.landtag-bw.de

Arbeitskreis Soziales und Integration

Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

FRAKTION
Tel. 0800-37258466
post@afd.landtag-bw.de
www.afd-fraktion-bw.de

WIR SIND BEREIT!



Für Baden-Württemberg



AfD



GESUNDHEIT
INTEGRATION
SOZIALES

IHR ARBEITSKREIS FÜR SOZIALES UND INTEGRATION



AfD

Für eine sichere und gerechte Zukunft der Gesundheitsversorgung



GESUNDHEITSVERSORGUNG ALS ANSPRUCH

Eine gute Gesundheitsversorgung gehört für uns in einer modernen, wirtschaftlich starken Gesellschaft zur Daseinsvorsorge.

Wir verstehen darunter eine flächen-deckende Versorgung mit Haus- und Fachärzten, wohnortnahe Krankenhäuser und gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im Bereich des Gesundheitswesens. Tatsächlich erleben wir jedoch den Rückbau der gewohnten Strukturen. Seit 2011 bis 2017 wurden 20 Krankenhäuser allein in Baden-Württemberg geschlossen. Die Landesregierung hat diesen Trends nichts entgegenzusetzen oder trägt, oft aus finanziellen Interessen, durch eine entsprechende Gesetzgebung wesentlich zu dieser Fehlentwicklung bei.

Für uns stehen jedoch die vielen fleißigen Menschen in Baden-Württemberg im Mittelpunkt. Nur sie machen unser Land so stark, dass eine möglichst lückenlose und gute Gesundheitsversorgung nicht nur gerecht, sondern auch selbstverständlich sein sollte.

LANDESREGIERUNG OHNE KONZEPT FÜR DIE ZUKUNFT

Dass in einem reichen Land wie Baden-Württemberg überhaupt mangelnde Gesundheitsstrukturen thematisiert werden müssen, ist ein politisches Armutszeugnis. Obwohl die Tendenz einer stetigen Verschlechterung in diesem Bereich schon länger zu erkennen ist, kann die Landesregierung – auch aus Uneinigkeit – bis heute kein zukunftsfähiges Konzept vorgelegen. Das Sozialministerium gefällt sich vielmehr darin, die Krankenhauslandschaft in Baden-Württemberg fortlaufend ausdünnen. Als AfD-Fraktion unterstützen wir zwar Spezialkliniken, legen aber auch Wert darauf, dass wohnortnahe Krankenhäuser für die Grundversorgung aus sozialen und vor allem rettungsdienstlichen Blickpunkten erhalten bleiben. Die Landesregierung spielt mit dem Leben und der Gesundheit der Menschen in unserem Land, wenn sie wichtige Krankenhäuser aus Rationalisierungsgründen schließt. Wir wollen außerdem sicherstellen, dass ein wohnortnaher Kontakt durch die Angehörigen von stationär zu behandelnden Patienten bestehen bleibt, weil eine fürsorgliche und familiäre Betreuung für die Genesung von immanenter Bedeutung ist.



BESTEHENDE STRUKTUREN ERHALTEN

Die Zurverfügungstellung einer leistungsfähigen Krankenhausinfrastruktur muss Aufgabe der öffentlichen Hand bleiben und darf nicht zum Spielball erwerbswirtschaftlich orientierter Konzerne werden. Wir sprechen uns daher gegen weitere Privatisierungen oder Krankenhausschließungen aus, die zu einer schlechteren Versorgung in der Fläche führen. Wir möchten es Kranken, insbesondere Kindern, älteren Menschen, Schwangeren und deren Angehörigen nicht zumuten, unverhältnismäßig lange Fahrwege in das nächste Krankenhaus in Kauf nehmen zu müssen. Die Zentralisierung von Spezialabteilungen ist nur dort nachvollziehbar, wo zeitlich unkritische Behandlungen ausgegliedert werden können und die Zusammenlegung zu einer qualitativen Verbesserung der Behandlung führt. Nicht verhandelbar ist der Bestand oder gar Ausbau der bestehenden Strukturen insbesondere hinsichtlich der Notfallversorgung. Schon heute werden in vielen Gemeinden Notfallpatienten nicht innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Zeit von zehn Minuten vom Rettungsdienst erreicht. Wir möchten nicht nur diese Versorgungslücke beenden, sondern uns vielmehr an der Richtung der medizinisch wünschbaren Hilfsfrist von zehn Minuten orientieren.

ANREIZE FÜR NIEDERLASSUNGEN IN MANGELGEBIETEN SCHAFFEN

Gerade im ländlichen Raum herrscht dringender Handlungsbedarf wegen akutem Ärztemangel. Diesen Mangelzustand gilt es zu überwinden.

Die bisherigen Fördermaßnahmen der Landesregierung im Bereich der Haus- und Fachärzte haben hierzu jedoch keinen Erfolg gezeigt und auch sonst sind keine zukunftsweisenden Ideen zu erkennen. Der berufliche Einstieg soll für Ärzte erleichtert und mit weniger finanziellen Risiken versehen sein. Denkbar ist für uns eine praxisnahe Unterstützung wie

etwa die Bereitstellung und subventionierte Vermietung der Infrastruktur an niederlassungswillige Ärzte, entweder in Form einer risikoarmen Gründung einer Praxis oder als Beteiligung in einem gemeinsamen Ärztehaus. Statt mit Quoten oder Verpflichtungen wollen wir mit den Gemeinden konstruktive Konzepte erarbeiten, um den Ansprüchen vor Ort gerecht zu werden und nicht von oben herab zu entscheiden.

Erste Anreize sollten bereits im Medizinstudium erfolgen, beispielsweise durch einen leichteren Studienzugang bei anschließender Verpflichtung, für einen bestimmten Zeitraum in ländlichen Regionen als Arzt zu arbeiten.



GUTE AUSBILDUNG UND ANERKENNUNG STATT AKADEMISIERUNG

Wertschätzung für die Gesundheitsberufe zeigt sich jedoch auch an dem Einkommen, welches die Gesellschaft bereit ist, für fordernde und der Allgemeinheit zukommende Tätigkeiten zu tragen. Durch ein höheres Einkommen steigt die Attraktivität der besagten Berufe und zeigt dadurch den schon tätigen Kräften, dass uns ihre Leistung viel wert ist. Sowohl die Erfahrung als auch die gestiegenen Anforderungen sollten sich in einer finanziellen Anerkennung ausdrücken. Eine weitere Akademisierung der Pflegeberufe bewerten wir in diesem Zusammenhang als kontraproduktiv. Sie sorgt für keine merklich bessere Anerkennung, erschwert den Zugang zu Ausbildungen und verkennt die Tatsache, dass es in den Pflegeberufen immer noch auf die praktische Umsetzung ankommt. Neben einer guten schulischen und theoretischen Ausbildung legen wir Wert darauf, dass der Schwerpunkt bei den Pflegeberufen im praktischen Bereich bleibt.

ÜBERGRIFFE KONSEQUENT VERFOLGEN UND BESTRAFEN

Immer wieder kommt es zu Übergriffen auf Ärzte oder Pflegepersonal. Wir sind nicht bereit, dies zu tolerieren und fordern daher schnellere und härtere Strafen für Behinderung von oder Angriffe auf Pflegepersonal. Der Staat hat darüber hinaus seiner Verantwortung für die öffentliche Ordnung nachzukommen und die Krankenhäuser gegebenenfalls bei Sicherheitsmaßnahmen zu unterstützen.

KEINE ABWERBUNG AUSLÄNDISCHER FACHKRÄFTE

Nach dem Willen der Landesregierung sollen auch in Zukunft ausländische Arbeitskräfte den Fachkräftemangel in der Pflege auffangen. Dies lehnen wir ab und warnen vor einem Qualitätsverfall im Gesundheitswesen. Wir fordern den Erhalt unserer Qualitätsstandards. Aufgrund des unterschiedlichen Ausbildungsniveaus ist eine Gleichwertigkeit von im Ausland erworbenen Abschlüssen mit dem deutschen Standard nicht immer gegeben. Zudem kann oftmals aufgrund von Sprachproblemen keine hinreichende Kommunikation mit dem Patienten gewährleistet werden. Das kurzsichtige Handeln der

Landesregierung lässt kein nachhaltiges Zukunftskonzept erkennen. Ein Land wie Baden-Württemberg muss in der Lage sein, selbst Fachkräfte auszubilden und Bedingungen zu schaffen, die dafür sorgen, dass diese auch hier tätig bleiben.

Aber auch aus moralischen Gründen kann es keine Alternative sein, anderen Ländern ihre Fachkräfte zu rauben. Wir kommen damit auch dem Wunsch vieler Länder nach, die dort ebenfalls dringend benötigten Pflegekräfte in ihren Heimatländern zu belassen. Pflegepersonal ist keine Ware, die beliebig verschoben werden kann.

